Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Neroth

Sitzungstermin: 07.12.2021
Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr
Sitzungsende: 21:38 Uhr
Ort, Raum: Neroth, im Gemeindesaal Heltenbergstraße

ANWESENHEIT:

Vorsitz

Herr Egon Schommers

Mitglieder

Herr Ralf Blumberg

Herr Thomas Brokonier

1. Beigeordneter

Frau Christine Brusten

Herr Willi Eckhard

Herr Herbert Haas

Herr Gerd Hunz

Frau Pia Kläs

Herr Helmut Müllerstein

Herr Klaus-Dieter Peters

Herr Peter Schottes

Verwaltung

Herr Hans Peter Böffgen

Bürgermeister

Frau Brunhilde Neugebauer

Protokollführung

Herr Tobias Schaefer

Haushaltssachbearbeitung

zu TOP 4

Fehlende Personen:

Mitglieder

Frau Yvonne Geimer

Herr Nikolaus Hayer

2. Beigeordneter

Die Mitglieder des Ortsgemeinderates Neroth waren durch Einladung vom 26. November 2021 auf Dienstag, den 7. Dezember 2021 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht. Gegen die ordnungsgemäße Einberufung wurden keine Einwendungen erhoben. Der Ortsgemeinderat war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragen
2. Niederschrift der letzten Sitzung
3. Erlass einer Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Ortsgemeinde Neroth ab dem 01.01.2022
4. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2022
5. Feststellung des Jahresabschlusses der Ortsgemeinde Neroth, sowie Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2019
6. Festsetzung der Verbandsgemeindeumlage
7. Verschiedenes / Informationen

Nichtöffentliche Sitzung

8. Niederschrift der letzten Sitzung
9. Bauanträge
10. Verschiedenes / Informationen

Zur Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen, Änderungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht.

Protokoll:

TOP 1: Einwohnerfragen

Sachverhalt:

Keine Einwohner anwesend.

TOP 2: Niederschrift der letzten Sitzung

Sachverhalt:

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der letzten Sitzung werden keine Einwände erhoben.

TOP 3: Erlass einer Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Ortsgemeinde Neroth ab dem 01.01.2022 Vorlage: 1-3820/21/24-039

Sachverhalt:

Der Ortsbürgermeister beauftragte die Verwaltung um Einleitung des Satzungsverfahrens zur Einführung einer Zweitwohnungssteuer in der Ortsgemeinde Neroth.

Bei der Zweitwohnungssteuer handelt es sich um eine sogenannte örtliche Aufwandsteuer gemäß Artikel 105 Absatz 2a Grundgesetzes, bei der der besondere Aufwand besteuert wird, der über die Befriedigung des allgemeinen Lebensbedarfs hinausgeht und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen ausdrückt.

Nach dem vorliegenden Satzungsmuster ist Steuerpflichtiger, wer im Gemeindegebiet eine Zweitwohnung innehat. Darunter versteht man jede Wohnung, die jemand neben seiner Hauptwohnung zu Zwecken des persönlichen Lebensbedarfes innehat, dabei ist die Hauptwohnung die vorwiegend genutzte, von mehreren im In- oder Ausland gelegenen Wohnungen eines Einwohners. Inhaber einer steuerpflichtigen Zweitwohnung kann nur der Eigentümer, Mieter oder sonst Nutzungsberechtigte sein. Auch der Leerstand der Wohnung ohne tatsächliche Inanspruchnahme schließt die Erhebung der Zweitwohnungssteuer nicht aus.

Ausweislich der aktuellen Einwohnerliste sind in Neroth 836 Hauptwohnsitze gemeldet und 13 Nebenwohnsitze. Entscheidendes Kriterium ist jedoch, dass in mindestens 60 Gebäuden niemand einen Wohnsitz gemeldet hat. Von diesen und den Nebenwohnsitzen erhält die Gemeinde im günstigsten Falle, sofern sie Grundstückseigentümer sind, Einnahmen aus der Grundsteuer. Diese Personen werden aber nicht beim kommunalen Finanzausgleich (Schlüsselzuweisung, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pp.) berücksichtigt, da hier maßgeblich die Anzahl der Hauptwohnsitze ist. Die infrastrukturellen Einrichtungen, die seitens der Ortsgemeinde vorgehalten werden, stehen diesem Personenkreis jedoch in gleicher Weise zur Verfügung, ohne dass die Gemeinde dafür eine Gegenleistung erhält. Um hier einen gewissen Ausgleich zu schaffen, wird die Zweitwohnungssteuer erhoben.

Die Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer stehen in voller Höhe der Ortsgemeinde Neroth zur Verfügung, da diese Steuer nicht umlagepflichtig ist und daher bei der Erhebung der Verbandsgemeinde- und der Kreisumlage unberücksichtigt bleibt.

Unter Zugrundelegung eines jährlichen Steuersatzes von 10 % ist bei geschätzt 60 Steuerpflichtigen mit einem Steueraufkommen von rund 18.000 € jährlich zu rechnen. Dieser Betrag ist als Haushaltsansatz in

den Haushaltsplan 2022 einzustellen.

Der Entwurf der Satzung ist in der Anlage beigefügt.

Beschluss:

Nach Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Ortsgemeinde Neroth in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Bereich der Zweitwohnungssteuer ist mit Einnahmen in Höhe von 18.000 € zu kalkulieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 11

TOP 4: Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2022
Vorlage: 1-3824/21/24-040

Sachverhalt:

Nach Zuleitung an den Ortsgemeinderat hat die vorliegende Haushaltssatzung sowie der Haushaltsplan für das Jahr 2022 im Zeitraum 21.11.2021 bis 07.12.2021 zur Einsichtnahme ausgelegen.

Es wurden keine Vorschläge durch Einwohner eingebracht.

Der Haushaltsplan weist im Ergebnishaushalt bei Erträgen von 1.444.500 € sowie Aufwendungen von 1.645.600 € einen Fehlbetrag von 201.100 € aus. Der Haushaltsausgleich wird nicht erreicht.

Der Finanzhaushalt schließt mit einem negativen Saldo von 159.640 € ab. Zuzüglich der ordentlichen Tilgung von 45.320 € besteht ein Defizit im ordentlichen Haushalt in Höhe von 204.960 €. Somit ist auch im Finanzhaushalt der Haushaltsausgleich nicht erreicht.

Im Rahmen der Investitionstätigkeit sind Einzahlungen von 3.000 € vorgesehen. Hierbei handelt es sich um Grabnutzungsentgelte. An Auszahlungen aus Investitionstätigkeit sind 22.500 € zu berücksichtigen, die für die Installation von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge verwendet werden sollen. Unter Berücksichtigung des Bundeszuschusses für diese Maßnahme verbleibt ein Eigenanteil von 4.500 €, der die Aufnahme eines Investitionskredits erfordert.

Im Haushalt 2022 besteht somit ein Finanzmittelfehlbetrag von 179.140 €. Zuzüglich der zuvor genannten ordentlichen Tilgung von 45.320 €, sowie unter Berücksichtigung des aufzunehmenden Investitionskredits, ist der Finanzhaushalt insgesamt mit 219.960 € nicht finanziert.

Zum 31.12.2021 wird die Ortsgemeinde voraussichtlich Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde von 1.239.825,81 € haben. Zur Finanzierung des Finanzhaushalts ist die Erhöhung dieser Verbindlichkeiten um den vorgenannten Betrag von 219.960 € auf 1.459.785,81 € erforderlich.

Beschluss:

Die im Vorfeld gestellten Fragen vom Ratsmitglied Klaus-Dieter Peters wurden umfassend und zufriedenstellend beantwortet.

Nach eingehender Erläuterung durch Herrn Tobias Schäfer beschließt der Ortsgemeinderat Neroth die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2022 in der vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 11

TOP 5: Feststellung des Jahresabschlusses der Ortsgemeinde Neroth, sowie Erteilung der Entlastung für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 1-3844/21/24-041

Sonderinteresse/Ruhen des Stimmrechts:

Es wird auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung hingewiesen. Nach Erkenntnis der Verwaltung liegen Ausschließungsgründe für den Ortsbürgermeister sowie für die Beigeordneten der Ortsgemeinde, sofern sie den Ortsbürgermeister vertreten haben, vor.

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wurde durch die Verwaltung aufgestellt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss des Ortsgemeinderates weitergeleitet.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss nach den Bestimmungen der §§ 112 und 113 GemO am 16.11.2021 geprüft. Auf die Inhalte der Sitzungsniederschrift sowie des Prüfberichtes wird an dieser Stelle verwiesen.

Die Prüfung hat abschließend zu keinen Einwänden geführt. Der Rechnungsprüfungsausschuss schlägt dem Ortsgemeinderat folgenden Beschluss zur Abstimmung vor:

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat stellt den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 fest. Des Weiteren wird die Entlastung des Ortsbürgermeisters, der Beigeordneten sowie des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde, dessen Beigeordneten, soweit sie den Bürgermeister vertreten haben, erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 8 Enthaltung: 3

TOP 6: Festsetzung der Verbandsgemeindeumlage

Sachverhalt:

Der Hebesatz der Verbandsgemeindeumlage für das Haushaltsjahr 2021 beträgt gemäß § 7 der Haushaltssatzung der Verbandsgemeinde Gerolstein 37,50 v. H. der Umlagegrundlagen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

TOP 7: Verschiedenes / Informationen

Sachverhalt:

- Der Vorsitzende informiert, dass trotz Aufstellung des Hinweisschildes „Kein Winterdienst“ auf öffentlichen Fußwegen die Gemeinde bzw. Anlieger haftbar gemacht werden kann. Die Anbringung eines Hinweisschildes zum eingeschränkten Winterdienst entbindet nicht von der Verkehrssicherungspflicht.

Eine Information zur Räum- und Streupflicht wird nächstmöglich in der Wochenzeitung Verbandsgemeinde Gerolstein AKTUELL erscheinen.

- Die Sportplatzsituation ist immer noch prekär. Bislang kam nur ein Angebot vom SV Neunkirchen/Steinborn den Platz für 8 Monate im Jahr während der Spielsaison anzumieten für 250€ pro Monat. Ortsbürgermeister Schommers versucht hier noch die Pflege und Unterhaltung des Platzes anteilmäßig auszuhandeln.

Ratsmitglied Peter Schottes möchte noch dem SV Wallenborn das Sportplatzgelände zur Miete anbieten.

Ratsmitglied Gerd Hunz regt an, hier vielleicht alternativ einen Campingplatz zu errichten

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

.....
gez. Egon Schommers
Egon Schommers
(Vorsitzender)

.....
gez. Brunhilde Neugebauer
Brunhilde Neugebauer
(Protokollführerin)